



Peter Fischer, Präsident des Verwaltungsrates,
Fischer Reinach AG, Reinach (sowie Mitglied Vorstands-
ausschuss von Swissem und AIHK)

Kontinuität statt Experimente: Nein zur Kündigungsinitiative

Die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» setzt die bewährten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union aufs Spiel. Sie gefährdet die bilateralen Verträge und die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Schweiz.

Nicht nur in Zeiten von Corona hat die Schweiz mit massiven Unsicherheiten zu kämpfen. Die Wirtschaft stockt und eine schmerzhaft Rezession zeichnet sich ab. Mehr denn je sind die Schweizer Wirtschaft sowie alle Schweizerinnen und Schweizer auf stabile und funktionierende Handelsbeziehungen angewiesen. Doch genau diese stehen auf dem Spiel, wenn das Stimmvolk am 27. September 2020 über die «Begrenzungsinitiative» entscheidet.

Das Kind beim Namen nennen

Die SVP fordert vordergründig, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig steuert. Deshalb soll Bern mit Brüssel über die Personenfreizügigkeit verhandeln. Der Initiativtext sieht dafür zwölf Monate Zeit vor. Dass diese Frist nie und nimmer ausreicht, ist jedoch schon heute klar. Ein Ja zur Kündigungsinitiative bedeutet deshalb das Ende der

*«Für die Industrie sind die
Bilateralen unverzichtbar»*

Personenfreizügigkeit mit den EU-/EFTA-Ländern. Tatsächlich geht es nicht nur um die Zuwanderung, sondern um die bilateralen Verträge insgesamt. Denn diese sind durch die Guillotine-Klausel miteinander verknüpft. Kündigen wir die Personenfreizügigkeit, fallen auch die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch weg. Der Name «Begrenzungsinitiative» ist daher irreführend. Ehrlicher wäre es, das Kind beim Namen zu nennen und die Initiative als das zu bezeichnen, was sie ist: eine Kündigungsinitiative.

Ausgeprägte Bedeutung des Aussenhandels

Ob es uns gefällt oder nicht: Wir sind ein bedeutender Teil Europas und sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich massiv auf die EU angewiesen. Es ist absolut verantwortungslos, die Schweiz zu zwingen, das gute Vertragswerk mit der EU aufzugeben. Schliesslich profitiert die Schweiz in vielfältiger Weise von den bewährten Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg ist eine Erfolgsgeschichte. Er ist Garant für stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, verschafft der Schweiz Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu Fachwissen. Und er ermöglicht gemeinsame Forschungsanstrengungen. Genau darauf sind die hiesigen Unternehmen angewiesen, um erfolgreich zu wirtschaften.

Als Verwaltungsratspräsident der Fischer Reinach AG, einem führenden Unternehmen der Zuliefererindustrie, weiss ich: Besonders für die Schweizer Metall-, Elektro und Maschinenindustrie (MEM-Industrie) sind die bilateralen Verträge unverzichtbar. Mit einer Exportquote von 80 Prozent ist die Bedeutung des Aussenhandels für diese Branche besonders ausgeprägt. Fischer Reinach AG exportiert sogar noch mehr. Unsere 200 Mitarbeitenden in der Schweiz produzieren jedes Jahr über sechs Milliarden Teile für die weltweite Beschläge-, Bau-, Elektro- und Automobilindustrie. Über 90 Prozent davon gehen in den Export. Die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin ist die EU. Für uns und die meisten Betriebe der MEM-Industrie ist das Handelsnetz mit Europa darum essenziell. Für mich als Unternehmer in sechster Generation ist es zudem absolut stossend, dass wir uns nebst der anspruchsvollen wirtschaftlichen Situation auch permanent und mit viel Energie gegen unsinnige, schädliche und weltfremde politische Initiativen wehren müssen!

Arbeitsplätze sichern, Innovation fördern

Die bilateralen Verträge garantieren nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg. Sie sichern auch zahlreiche



Die Fischer Reinach AG beschäftigt in der Schweiz 200 Mitarbeitende. Sie produzieren für die weltweite Beschläge-, Bau-, Elektro- und Automobilindustrie.

(zVg. von Fischer Reinach AG, Fotograf: Hannes Kirchhof)



Die Fischer Reinach AG exportiert 90 Prozent ihrer Produkte. Die bilateralen Verträge sind essentiell. Sie garantieren den wirtschaftlichen Erfolg und sichern Arbeitsplätze.
(zVg. von Fischer Reinach AG, Fotograf: Hannes Kirchhof)

Darum geht es

Am 27. September 2020 entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)». Peter Fischer, Präsident des Verwaltungsrates der Fischer Reinach AG, lehnt die Initiative entschieden ab, weil:

- die Initiative ein Frontalangriff auf die Personenfreizügigkeit und auf die bilateralen Verträge insgesamt ist.
- der Handel mit der EU der wichtigste Pfeiler für den Erfolg der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) ist.
- die bilateralen Verträge nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg garantieren. Sie sichern auch zahlreiche Arbeitsplätze und stärken die herausragende Stellung der Schweiz als Innovationsstandort.

Arbeitsplätze und stärken die herausragende Stellung der Schweiz als Innovationsstandort. Alleine die MEM-Industrie beschäftigt hierzulande über 325 000 Personen. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt unmittelbar von Aufträgen aus der EU ab. Die SVP setzt mit ihrer unsinnigen Kündigungsinitiative diese Arbeitsplätze leichtfertig auf

Spiel. Unser Heimmarkt ist nun einmal schlicht zu klein, um den Fortbestand aller MEM-Betriebe und damit der wertvollen Arbeitsplätze zu sichern. Knowhow, Innovationskraft und Wohlstand gingen verloren.

Kündigung ins Blaue muss unbedingt verhindert werden

Die Kündigungsinitiative ist ein halbschweres Experiment. Sie sieht ja nicht einmal eine Alternative zu den bilateralen Verträgen vor. Wer die Bilateralen kündigen will, muss sich daher gut überlegen, wie es weitergeht. Alles andere ist massiv verantwortungslos und wird den Bedürfnissen unserer Gesellschaft und Wirtschaft nicht gerecht. Die Initiative der SVP ist eine Kündigung ins Blaue. Doch gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, ist die Schweiz auf Stabilität angewiesen. Die Devise lautet: Kontinuität statt Experimente.

FAZIT

Der bilaterale Weg ist eine Erfolgsgeschichte. Er erlaubt es der Schweiz, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und der EU als Partnerin auf Augenhöhe zu begegnen. Die Schweiz profitiert in vielfältiger Weise von den guten Beziehungen zu Europa. Und diese dürfen wir auf keinen Fall gefährden.

AUF EINEN BLICK

Der AIHK-Vorstand für die Amtsperiode 2020–2024 (2)



Dr. Markus Meier
Klinikdirektor der Hirslanden Klinik Aarau AG, Aarau

Bruno Müller
CEO der Müller Martini AG, Zofingen

Urs J. Näf
Governmental Affairs & Policy Executive der General Electric (Switzerland) GmbH, Baden

Josef Nietlispach
Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Profilpress AG, Muri

Robert Reimann
Group CEO der Jakob Müller AG, Frick

Beat M. Schelling
Präsident des Verwaltungsrates der SCHELLING AG, Rapperswil

Felix Schönle
CEO und Präsident des Verwaltungsrates der Wernli AG, Verbandstoffe, Rothrist

Ines Schmid Streuli
Geschäftsführerin der Schmid Textilrewashing AG, Suhr
Präsidentin der Regionalgruppe Aarau – HIVA Handels- und Industrieverein Aarau

Martin Schoop
Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schoop + Co. AG, Baden-Dättwil

Gerhard Siegrist
Partner der PricewaterhouseCoopers AG, Aarau

Otto H. Suhner
Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Suhner Holding AG, Brugg

Sandra Traxler-Indermühle
Vorsitzende der Geschäftsleitung der Indermühle Gruppe, Rekingen
Präsidentin der Regionalgruppe Zurzibiet

Philippe Widmer
Geschäftsführer und Präsident des Verwaltungsrates der Wizol, AG für Leichtmetallgiesserei und Werkzeugbau, Sarmenstorf
Präsident der Regionalgruppe Freiamt

Jacqueline Wyss
Chief Investment Officer der Wyss Management AG, Brugg

Thomas Zimmerli
Geschäftsführer der NextSteps AG, Remetschwil
Präsident der Regionalgruppe Baden